HARBURG STADT & LAND

Wilhelmsburg mindestens ein Jahr ohne Krankenhaus

Katholische Klinik Groß Sand schon Mitte Juli dicht – mit drastischen Folgen für Hamburgs Süden. Wütende Proteste bei Info-Veranstaltung mit Senatorin

Lars Hansen

Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) stellte sich den Fragen hunderter wütender Wilhelmsburger. LARS HANSEN

Hamburg. Das war kein leichter Abend für Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD): In der AWO-Seniorentagesstätte Wilhelmsburg stellte sie sich kritischen Fragen der Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern anlässlich der bevorstehenden Schließung des Krankenhauses Groß Sand durch das Erzbistum Hamburg sowie der Pläne der Sozialbehörde, mit der Situation umzugehen. Als erste „offizielle“ Ansprechpartnerin für die betroffenen Bürger, seit das Bistum seine Pläne kurzfristig verkündete, bezog die Politikerin dabei reichlich verbale Prügel, die sie zum Großteil gar nicht verdient hatte.

Erst vor vier Wochen gab das Bistum bekannt, dass es das defizitäre Stadtteilkrankenhaus zum 15. Juli weitestgehend abwickeln möchte, also bereits in zweieinhalb Wochen. Die Wut der Wilhelmsburger ist groß: 60.000 Menschen leben auf der Elbinsel, für sie ist es „ihr“ Krankenhaus, das der Bischof schließt.

20.000 neue Bewohner werden in den nächsten Jahren hinzukommen, wenn die letzten IBA-Quartiere fertig sind. Und noch einmal 40.000 Menschen arbeiten im unmittelbaren Einzugsbereich der Klinik. 120.000 Menschen: So viele Einwohner haben beispielsweise Bremerhaven (zwei Krankenhäuser), Bottrop (zwei) oder Göttingen (sechs).

Die Stadt Hamburg plant, die Gebäude des Krankenhauses Groß Sand zu übernehmen und dort eine Stadtteilklinik einzurichten. Das klang für die Wilhelmsburger zunächst einmal gut, aber bald entdeckten sie die Haken an dem Plan: Was die Stadtteilklinik leisten soll, ist noch nicht definiert. Außerdem muss das Erzbistum erst einmal die Gebäude verkaufen und Immobiliengeschäfte mit der Kirche können auch mal in langes Geschacher ausarten, wie man zuletzt am Grundstück der ehemaligen katholischen Schule Neugraben sah.

Zufahrt zur Notaufnahme des Wilhelmsburger Krankenhauses Groß-Sand. Es soll geschlossen werden. THORSTEN AHLF

Und die Stadt muss einen Betreiber für das Krankenhaus finden. Was in der Summe bedeutet: Zwischen Schließung der Klinik und Eröffnung der Stadtteilklinik liegt für den Inselstadtteil eine lange Durststrecke. Optimisten gehen von mindestens einem Jahr aus.

Ein wenig erinnerte der Abend an den VW-Abgas-Skandal: Damals standen viele Fahrzeugbesitzer bei den Autohändlern und verlangten ein neues Auto. Mir einer neuen Abgassoftware wollten sie sich nicht zufriedengeben. Die Wilhelmsburger wollen sich nicht mit einer diffusen Stadtteilklinik abfinden, sondern am liebsten das gesamte Krankenhaus erhalten, mindestens aber die Notaufnahme und Chirurgie – und das übergangslos.

Aus dem Erhalt des Krankenhauses wird nichts: „Ich kann Ihnen nicht zusagen, dass wir das Krankenhaus so weiterführen, wie es ist, weil wir das nicht werden“, machte Schlotzhauer ganz zu Anfang klar und erntete so die ersten Buhs. Dass es in einer Stadtteilklinik eine Notaufnahme geben werde, schloss sie aber auch nicht aus. Es sei sogar ihr Wunsch.

Allerdings müsste zunächst einmal das Rahmenkonzept für eine Stadtteilklinik politisch ausgearbeitet und parallel das Gebäude erworben werden. Dann müsste über ein Interessenbekundungsverfahren ein Betreiber für die Stadtteilklinik gefunden und mit diesem das Rahmenkonzept mit Details verfeinert werden. Die Stadt selbst dürfe keine Klinik betreiben. Die Frage, warum nicht, ließ die Senatorin mehrfach unbeantwortet.

Fakt ist: Nicht der Senat schließt Groß Sand, sondern der Erzbischof. Und dass Hamburgs Krankenhäuser kein Landesbetrieb mehr sind, sondern Privatunternehmen gehören, hat sich auch nicht Schlotzhauers SPD ausgedacht, denn das hat der einstige CDU-Bürgermeister Ole von Beust, einen Volksentscheid ignorierend, durchgedrückt.

Selbst, wenn die Freie und Hansestadt Hamburg jetzt wieder eine Notaufnahme im kommunalen Besitz am Standort und im nahtlosen Anschluss an die Schließung von Groß Sand betreiben wollte, hätte sie kein Gebäude dafür – es sei denn, sie würde das Erzbistum Hamburg im Hauruck-Verfahren enteignen; was realistisch kaum denkbar ist.

Was die Wilhelmsburger Schlotzhauer vorwarfen, war aber auch, dass sich ihre Behörde jetzt erst Gedanken macht. Dass sich das klamme Bistum seiner defizitären Klinik entledigen möchte, steht seit Jahren im Raum. Warum das Fehlen der Klinik für den Insel-Stadtteil fatal wäre, machte die Wilhelmsburger Hausärztin Devrim Thormählen klar, die selbst viele Jahre in Groß Sand gearbeitet hat: „So eine Stadtteilklinik wird kein Team für Not-OPs haben und keine Intensivstation. Das ist kein Ersatz“, sagte sie.

Und dass die Schließung der Notaufnahme in Groß Sand nicht nur Wilhelmsburg betreffen würde, machte Hans Martin Wismar deutlich. Noch arbeitet der Arzt in der Wilhelmsburger Notaufnahme: „Wenn die Notaufnahme am AK Harburg wegen Überfüllung vom System abgemeldet ist, sind wir der nächste Anlaufpunkt für die Rettungswagen“, sagt er. „Ohne uns müssten die Harburger Patienten dann durch den Elbtunnel ins AK Altona oder über die Elbbrücken ins Marienkrankenhaus oder nach St. Georg gebracht werden – eine Verzögerung, die im Ernstfall Leben kosten kann.“

Auch der Hafen wäre betroffen, so Wismar. Die meisten Arbeitsunfälle in diesem Bereich würden noch in Wilhelmsburg behandelt. Fällt die Klinik weg, würden sich auch für den Hafen die Rettungsfahrwege verlängern.

> Ich kann Ihnen nicht zusagen, dass wir das Krankenhaus so weiterführen, wie es ist, weil wir das nicht werden.
>
> **Melanie Schlotzhauer,** Sozialsenatorin (SPD)

Am Ende der zwei Stunden, die auf Einladung der Wilhelmsburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ali Kazanci und Michael Weinreich stattgefunden hatten, war Melanie Schlotzhauer sichtlich bewegt. Neue Versprechen konnte sie allerdings nicht machen.

„Wir haben aber viele Einschätzungen und Wünsche der Wilhelmsburger mitgenommen“, sagt Sozialbehörden-Sprecher Wolfgang Arnhold, „und wir werden sie bei den weiteren Planungen berücksichtigen.“

Mutter und Tochter mit Elektroschocker bedroht

Männer stehlen Bargeld, Schmuck und Land Rover aus Einfamilienhaus in Buchholz. Polizei sucht Zeugen

Buchholz. Ein Horrorszenario, das man nicht seinem schlimmsten Feind wünscht, mussten am späten Dienstagabend eine Mutter und ihre jugendliche Tochter in Buchholz durchleben. Sie wurden Opfer eines Raubüberfalls.

Zwei maskierte Täter passten die beiden vor der Tür eines Einfamilienhauses im Klecker Weg ab und drängten sie ins Haus. Die Kriminellen bedrohten die Frauen mit einem Elektroschockgerät und forderten die Herausgabe von Schmuck und Bargeld.

Damit nicht genug: Nachdem die Männer ihre Opfer gefesselt hatten, nahmen sie die Wagenschlüssel des vor dem Haus parkenden Land Rover an sich und flüchteten mit dem Fahrzeug und der Beute.

Mutter und Tochter konnten sich schnell befreien und alarmierten gegen 23.30 Uhr die Polizei. Äußerlich blieben sie weitestgehend unverletzt, erlitten allerdings einen Schock.

Wie die Polizei am Mittwoch mitteilte, seien sofort nach dem Alarm mehrere Streifenwagen zum Tatort geeilt.

Im Zuge der Fahndungsmaßnahmen entdeckten die Einsatzkräfte den gestohlenen Land Rover am Itzenbüttler Weg in Höhe der Kleingartensiedlung. „Möglicherweise wechselten die Täter dort in ein anderes Fahrzeug“, teilte ein Polizeisprecher mit.

Beide Täter waren mit grauen Stoffmasken mit Augenlöchern maskiert. Nach Darstellung der Opfer sprachen sie nur gebrochen Deutsch. Darüber hinaus werden die Kriminellen von den beiden überfallenen Frauen wie folgt beschrieben: Der erste Täter ist etwa 185 Zentimeter groß mit schlanker Statur und etwa 20 Jahre alt. Er hat einen etwas dunkleren Hautteint und war bekleidet mit einem schwarzen Nike-Pullover mit weißer Aufschrift, grauer Arbeitshose mit vielen Taschen und grünen New-Balance-Schuhen.

Der zweite Täter ist laut Beschreibung der beiden Opfer etwa 180 Zentimeter groß mit kräftiger Statur, etwa 25 Jahre alt, hat ebenfalls einen etwas dunkleren Hautteint und war bekleidet mit einer schwarzen Hose, schwarzem Pullover und dunklen Sneakers.

Die Täter hatten einen Elektroschocker dabei. BORIS ROESSLER/PA/DPA

Die Polizei sucht Zeuginnen oder Zeugen, denen verdächtige Personen oder Fahrzeuge am Dienstagabend im Bereich des Klecker Weges, südlich der Bendestorfer Straße, oder im Itzenbüttler Weg aufgefallen sind.

Ebenfalls hilfreich sind mögliche Beobachtungen zwischen 23.15 und 23.45 Uhr, die sich auf die Fahrt des Land Rover vom Klecker Weg in den Itzenbüttler Weg und das Abstellen des Fahrzeugs in Höhe der Kleingartensiedlung beziehen.

Hinweise erbittet der Zentrale Kriminaldienst (ZKD) unter Telefon 04181/ 2850. *msb*

Polizei entdeckt riesige Cannabis-Plantage

Hamburg. Was als Routineeinsatz begann, endete für die Polizei Hamburg mit einem echten Fund: Beamte stießen am Dienstagmorgen in der Bremer Straße auf eine professionelle Cannabis-Plantage.

Gemeinsam mit einem Gerichtsvollzieher wollten sie eigentlich nur eine Gewerbeuntersagung durchsetzen – doch statt des 64-jährigen Geschäftsinhabers erwarteten sie hinter verschlossenen Türen rund 400 Cannabispflanzen.

Die Beamten staunten nicht schlecht, als sie die Indoor-Plantage samt Lüftungsanlagen, Bewässerung und Lampen entdeckten. Pflanzen und Inventar wurden beschlagnahmt, das Drogendezernat des LKA übernahm sofort die Ermittlungen. Den mutmaßlichen Betreiber traf die Polizei später in Wilhelmsburg an. Auch seine Wohnung und eine weitere Adresse wurden durchsucht – mit unklarem Ergebnis. Der Mann musste wegen plötzlicher gesundheitlicher Probleme ins Krankenhaus, wurde aber nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder entlassen, da keine Haftgründe vorlagen.

Geschäftsinhaber hatte Rechnungen nicht bezahlt

Hintergrund der Aktion: Der Geschäftsinhaber hatte offenbar Rechnungen nicht bezahlt, weshalb der Gerichtsvollzieher immer wieder vergeblich versuchte, die Gewerbeuntersagung zuzustellen. Erst mit Unterstützung der Polizei gelang der Zugang. Was heute tatsächlich in dem Gebäude passiert, bleibt offen. Das frühere Bestattungsinstitut wirkt inzwischen verlassen und verwittert. *len*